

WE KNOW HOW.

BARRIEREFREI-KONZEPT

Projekt: **Nr. 25-056**
Umbau und Sanierung
Geschwister-Scholl-Gymnasium, Aula
Hochstraße 29
58511 Lüdenscheid

Bauherr: Stadt Lüdenscheid
Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)
Rathausplatz 2
58507 Lüdenscheid

Architekt: Stadt Lüdenscheid
Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)
Rathausplatz 2
58507 Lüdenscheid

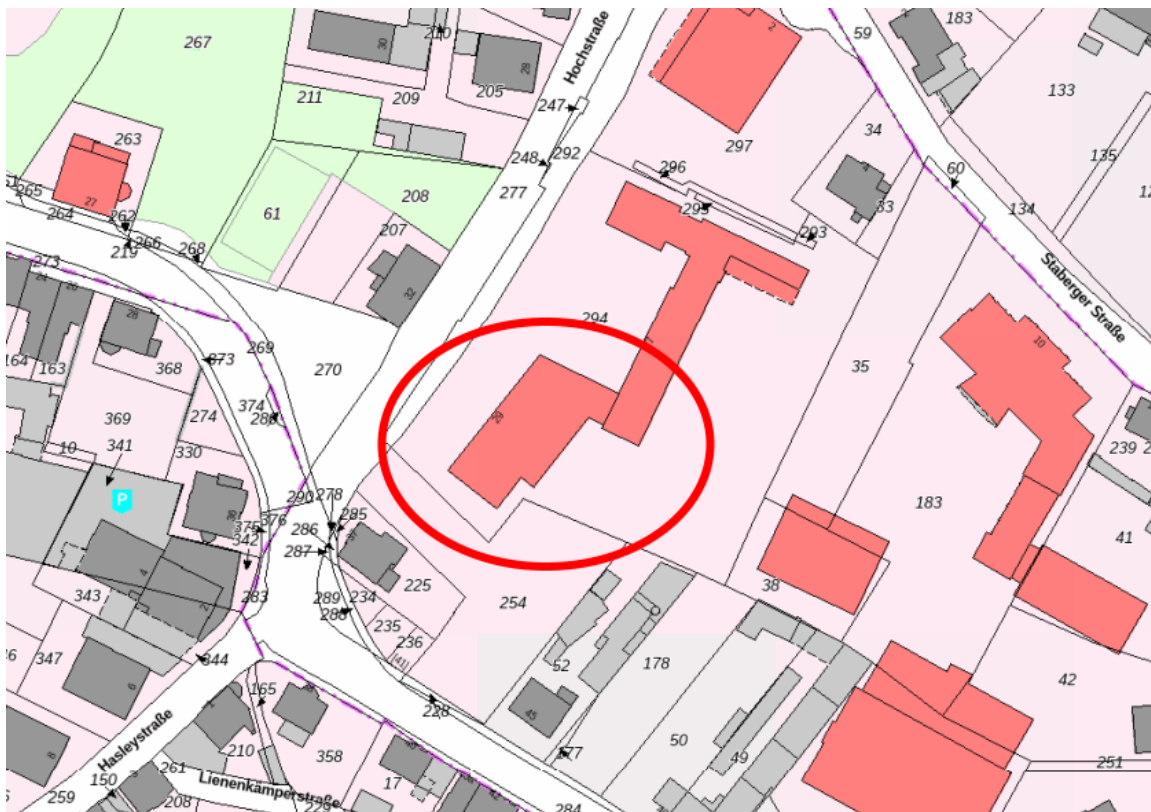
Stand: **Hauptdokument vom 05.05.2025**

Inhaltverzeichnis

1	Vorbemerkungen	3
2	Bestandsschutz und Abweichungen	5
3	Zur öffentlichen Zugänglichkeit, Nutzung und Nutzergruppen	5
3.1	Grundsätzliches, Festlegungen und Schutzziel	5
3.2	Öffentliche Zugänglichkeit	6
3.3	Nutzung, Nutzergruppen und Anwendungsbereich	6
3.3.1	Nutzung	6
3.3.2	Hinweis zu Arbeitsstätten sowie Anwendungsbereich und Beschäftigte mit Behinderungen	6
3.3.3	Nutzergruppen	7
4	Unterlagen	7
5	Abstimmungsgespräche	7
6	Gesetzliche Bestimmungen	8
7	Angaben zur Barrierefreiheit	8
7.1	Bauliche Situation	8
7.2	Äußere Erschließung	8
7.2.1	Allgemeines	8
7.2.2	Ausführung der PKW-Stellplätze und deren Abmessungen	9
7.2.3	Barrierefreie Erreichbarkeit der baulichen Anlage, barrierefreie Gebäudezugänge	9
7.2.4	Treppen im Außenbereich	11
7.3	Innere Erschließung	11
7.3.1	Bodenbeläge und Orientierung im Gebäude	12
7.3.2	Flure und innere Verkehrsflächen	12
7.3.3	Türbreiten, Türschwellen, Türanschlüge, Türöffnungsmöglichkeiten	12
7.3.4	Aufzugsanlage	15
7.3.5	Treppen und Handläufe	15
7.3.6	Rampen einschließlich Neigungen, Gefälle	16
7.3.7	Rollstuhlabbstellplätze	16
7.3.8	Anordnung von Bedienelementen, Kommunikationsanlagen sowie Ausstattungselemente	16
7.3.9	Barrierefreie Sanitärräume, barrierefreie Anordnung der Sanitäreobjekte	19
7.3.10	Warnen / Orientieren / Informieren / Leiten	20
7.3.11	Ausführungen zu § 49 Absatz 3 BauO NRW 2018.	22
7.3.12	Maßnahmen zur Rettung von Menschen mit Behinderung	22
8	Alarmierung und Evakuierung	22
8.1	Alarmierungseinrichtung	22
8.2	Evakuierung	23
9	Abweichungen	23
10	Zusammenfassung / Schlussbemerkung	23
11	Anlagen	23

1 Vorbemerkungen

Die Stadt Lüdenscheid plant die Modernisierung der Aula des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in 58511 Lüdenscheid, Hochstraße 29.



Lageplan (Quelle: TIM-online mit Eintragungen)

Die bestehende Aula (Baujahr ca. 1962) befindet sich innerhalb des Schulkomplexes des Geschwister-Scholl-Gymnasiums im Untergeschoss. Die Aula dient als Versammlungsstätte für Schulveranstaltung, aber auch für allgemeine Veranstaltungen und ist ebenerdig zu erreichen.

Die Anbindung an den eigentlichen Schulbereich erfolgt über eine Verbindungstreppe zum EG.

Der im Untergeschoss befindliche Aulabereich (Ebene -1) bemisst sich auf eine Grundfläche von ca. 905 m² und setzt sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- Foyer (G-114) mit ca. 138 m²
- Aula (G-115) inkl. Bühnenbereich mit ca. 468 m²
- Garderobe / Durchgang (G-121) mit ca. 70 m²
- Technikbereich
- Sanitärräume.



Luftbild (Quelle: TIM-online mit Eintragungen)

Bilder des Gebäudes und der Grundstücksflächen



Bild: Teil-Ansicht von Nord-Westen



Bild: Ansicht von Nord-Westen



Bild: Ansicht von Süd-Westen

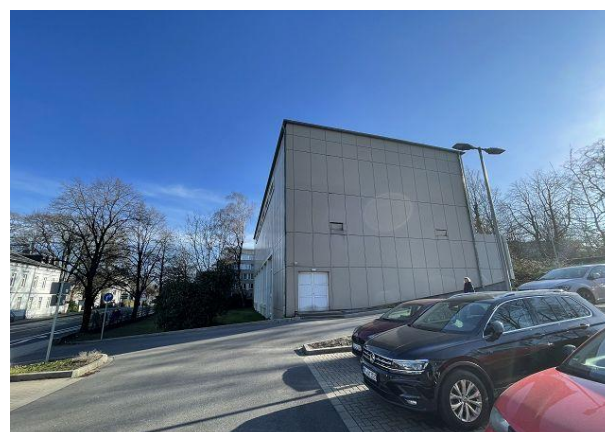


Bild: Ansicht von Süden

Zum Baugenehmigungsverfahren

Im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens wird nachfolgend ein bauvorhabenbezogenes Barrierefrei-Konzept durch den Unterzeichner erstellt, welches der Bauaufsicht als Entscheidungshilfe für die Baugenehmigung dienen soll.

In dem Barrierefrei-Konzept werden die erforderlichen Maßnahmen festgelegt, welche zur Realisierung der Barrierefreiheit notwendig werden, bzw. im Rahmen der baulichen und grundstücksbedingten Möglichkeiten realisierbar sind.

2 Bestandsschutz und Abweichungen

Bestandsschutz

Der Bestandsschutz verhindert, dass eine rechtmäßig errichtete bauliche Anlage rechtswidrig wird, auch wenn das öffentliche Recht sich später ändert.

Der Bestandsschutz erlischt jedoch, wenn an dem Gebäude Änderungen vorgenommen werden, die die Genehmigungsfrage neu aufwerfen. Bei baulichen Änderungen oder Nutzungsänderungen, die nur einen Teil des Gebäudes betreffen, ist zunächst nur für diese Maßnahmen die geltende Rechtslage zu beachten, soweit eine „isolierte Betrachtung“ möglich ist. Dies bedeutet, dass nur die Änderungen den aktuellen Bauvorschriften unterliegen. Auch wenn sich die Grundschule zu einer „Clusterschule“ verändert, stellt dies wegen der grundsätzlichen Schulnutzung keine klassische Nutzungsänderung dar.

Insbesondere bei bauaufsichtlichen Nebenbestimmungen ist das Gebot der Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf den Gebäudebestand und den Umfang des Eingriffs zu beachten sowie die vorhandene bauliche Substanz angemessen zu berücksichtigen.

Die grundsätzliche Nutzung bleibt unverändert. Ebenso gibt es keine Vergrößerung der Veranstaltungsraumflächen, so dass die Aula Bestandsschutz genießt. Gleichwohl wird eine Verbesserung der barriere technischen Nutzung vorgenommen, welche sich im wirtschaftlich umsetzbaren Rahmen bewegen muss.

Gemäß der BauO NRW 2018 § 49 (3) gelten die Vorgaben der Barrierefreiheit nicht, soweit die Anforderungen wegen schwieriger Geländeverhältnisse oder wegen ungünstiger vorhandener Bebauung nur mit einem unverhältnismäßigen Mehraufwand erfüllt werden können.

Abweichungen, die sich aus dem baulichen Bestand heraus ergeben, sind keine „echten“ Abweichungen, da die Normenreihe DIN 18040 im Bestand nicht verpflichtend anzuwenden ist. Die Normenreihe ist hier lediglich sinngemäß anzuwenden.

Wegen der ebenerdigen Lage wird durch die geplanten Maßnahmen eine deutliche Verbesserung der barriere technischen Nutzung erreicht.

3 Zur öffentlichen Zugänglichkeit, Nutzung und Nutzergruppen

3.1 Grundsätzliches, Festlegungen und Schutzziel

Nach der BauO NRW 2018 § 49 (2) müssen bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, barrierefrei sein. Dies gilt insbesondere für:

1. Einrichtungen der Kultur, des Bildungs- und Erziehungswesens,
2. Sport- und Freizeitstätten,
3. Einrichtungen des Gesundheitswesens,

Barrierefrei-Konzept Nr. 25-056

4. Büro-, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude,
5. Verkaufs-, Gast- und Beherbergungsstätten sowie
6. Stellplätze, Garagen und Toilettenanlagen.

Die Anforderungen der DIN 18040-1 gelten für Neubauten. Die dort verfolgten Schutzziele können auch auf andere Weise als in der Norm festgelegt erfüllt werden, sofern sie gleichwertig sind.

Alle nachfolgenden Maßangaben sind Fertigmaße. Abweichungen in der Ausführung können nur toleriert werden, soweit die in der Norm bezweckte Funktion erreicht wird.

Das erforderliche Barrierefrei-Konzept ist eine schutzzielorientierte, objektkonkrete Bewertung der baulichen, technischen und organisatorischen Anforderungen der Barrierefreiheit, die für die Prüfung im Genehmigungsverfahren relevant sind.

Das Barrierefrei-Konzept muss insbesondere mindestens folgende Angaben enthalten:

- barrierefreie Erreichbarkeit der baulichen Anlage, barrierefreie Gebäudezugänge
- Ausführung der PKW-Stellplätze und deren Abmessungen
- Flurbreiten
- Türbreiten, Türschwellen, Türanschlüsse, Türöffnungsmöglichkeiten
- Aufzüge, Fahrtreppen
- Treppen, Handläufe
- Rampen einschließlich Neigungen, Gefälle
- Anordnung von Bedienelementen
- Barrierefreie Sanitärräume, barrierefreie Anordnung der Sanitärobjekte
- Abmessungen der Bewegungsflächen,
- Orientierungshilfen
- Ausführungen zu § 49 Absatz 3 BauO NRW 2018.

In dem Barrierefrei-Konzept wird vorausgesetzt, dass in den barriere technisch genutzten Bereichen eine selbstständige Benutzung erfolgt, aber die Assistenz durch Begleitpersonen / Hilfeleistung durch andere Personen ohne Handicap grundsätzlich möglich ist.

3.2 Öffentliche Zugänglichkeit

Öffentlich zugänglich sind bauliche Anlagen, wenn und soweit sie nach ihrem Zweck im Zeitraum ihrer Nutzung von im Vorhinein nicht bestimmbar Personen aufgesucht werden können.

3.3 Nutzung, Nutzergruppen und Anwendungsbereich

3.3.1 Nutzung

Der Bereich der Aula wird zum einen von der Schule für Veranstaltungen sowie zum anderen für allgemeine Veranstaltungen genutzt. Demnach ist der Bereich ein öffentlich zugänglicher Gebäudebereich.

Das Bauvorhaben fällt unter die Sonderbauten der BauO NRW 2018 § 50. Gemäß § 49 Absatz 2 der BauO NRW 2018 müssen bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, barrierefrei sein. Dazu gehören auch die Stellplätze und Wege im Außenbereich.

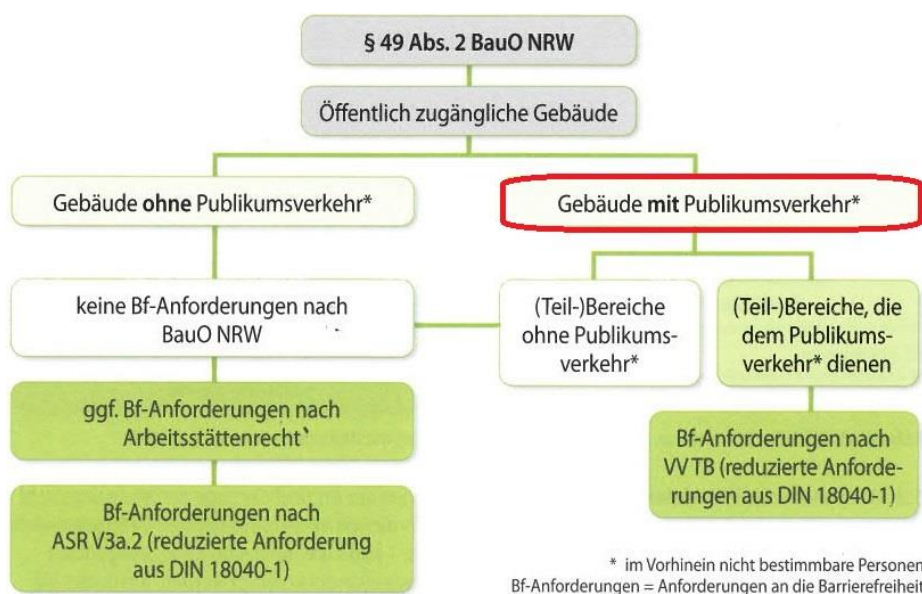


Abb. A 1.3.22: Anforderungen an die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden nach BauO NRW

Quelle: Atlas barrierefrei bauen

3.3.2 Hinweis zu Arbeitsstätten sowie Anwendungsbereich und Beschäftigte mit Behinderungen

Der Hinweis ist hier nicht relevant.

3.3.3 Nutzergruppen

Besucher

Publikumsverkehr sind Besucher, die gelegentlich das Gebäude zu Veranstaltungen (Chor-Konzerte etc.), Einschulungen, Schulfesten oder Ähnliches aufsuchen und in der Regel ortsunkundig sind.

Benutzer → Schüler/-innen sowie Lehrer/-innen

Die Aula wird auch von Schüler/-innen sowie Lehrer/-innen genutzt. Dies sind Benutzer im Zuge der Schulnutzung und ortskundig.

4 Unterlagen

Folgende Unterlagen lagen dieser Bearbeitung zu Grunde:

Unterlagen	von
Planungsunterlagen	Architekt
Brandschutzkonzept - Entwurf	Andreas+Brück GmbH

5 Abstimmungsgespräche

Im Zuge der Erstellung des Barrierefrei-Konzeptes erfolgte am 21.03.2025 ein Orts- und Besprechungstermin mit:

- Frau Kattwinkel von der Stadt Lüdenscheid ZGW,
- Frau Abendroth von der Stadt Lüdenscheid ZGW,
- Frau Jochimczyk von der Stadt Lüdenscheid ZGW,

- Herrn Borkenhagen, dem Haumeister (zeitweise),
- Herrn Andreas vom Ingenieurbüro Andreas+Brück GmbH.

6 Gesetzliche Bestimmungen

BauO NRW 2018	Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, Fassung 01.01.2024
PrüfVO NRW	Technische Prüfverordnung, Fassung vom 13.04.2022
BauPrüfVO	Bauprüfverordnung, Stand 14.07.2021
VV TB NRW	Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen, Stand Oktober 2023
DIN EN 1154	Schließkräfte an Türen und Türantrieben nach DIN EN 1154
DIN 18040-1	Öffentlich zugängliche Gebäude – Stand Oktober 2010
DIN 18040-3	Öffentlicher Verkehrs- und Freiraum - Stand Dezember 2014
DIN EN 12217	Türen - Bedienkräfte - Anforderungen und Klassifizierung
DIN 32984	Bodenindikatoren im öffentlichen Raum
DIN EN 81-70	Sicherheitsregeln für die Konstruktion und den Einbau von Aufzügen, Fassung von 2018-07
ASR V3a.2	Barrierefreie Gestaltung von Arbeitsstätten
VDI 6000 Blatt 3	Ausstattung von und mit Sanitärräumen

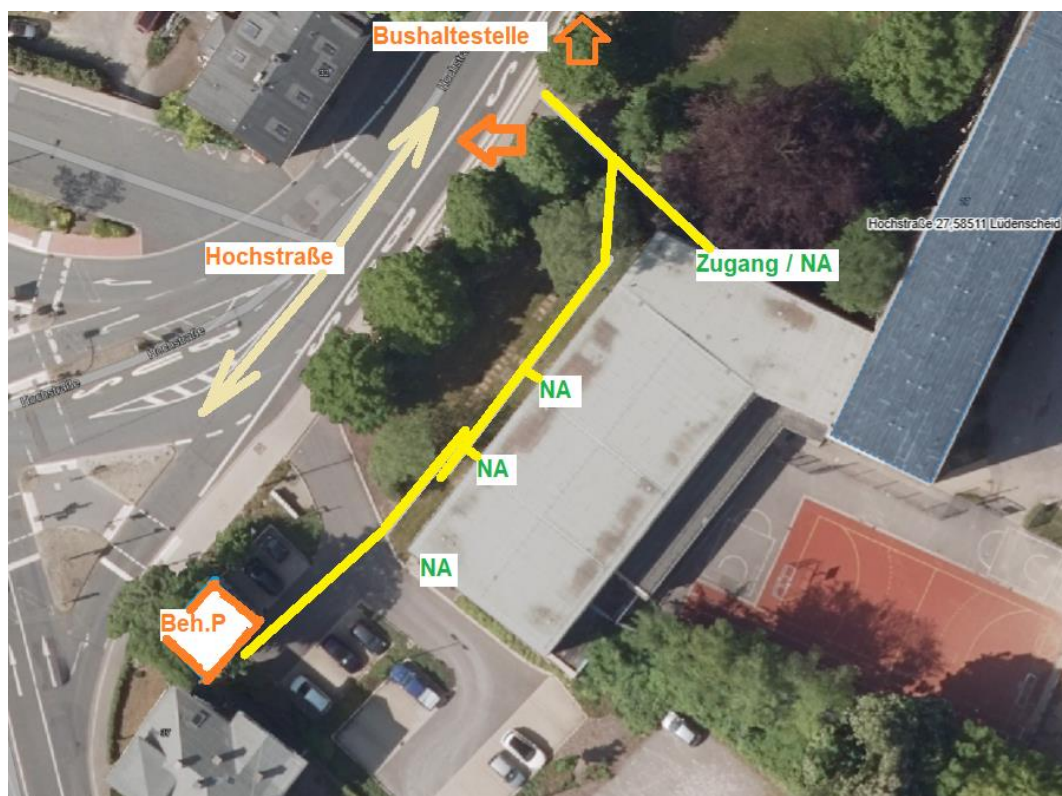
7 Angaben zur Barrierefreiheit

7.1 Bauliche Situation

Der ebenerdig liegende Aulabereich ist nicht unterkellert und befindet sich in einem Gebäudetrakt der Schule.

7.2 Äußere Erschließung

7.2.1 Allgemeines



Luftbild

Der erdgeschossig liegende Aulabereich ist direkt über die *Hochstraße* erreichbar. Die Besucher gelangen mit ihren Pkws oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln an das Gebäude. Direkt vor dem Grundstück befindet sich eine Bushaltestelle. Von hier aus kann der Zugang barrierefrei ohne Stufen erreicht werden.

Aufgrund der ebenen Grundstückssituation mit ca. 3 % bis 4 % ergeben sich nur moderate Höhenunterschiede, so dass auf den Gehwegen geringer Längs- und Querneigung keine Stufenanlagen überwunden werden müssen.

Auf dem stufenlosen Park- / Grundstückswegeflächen sind Behinderten-Stellplätze angebunden.

7.2.2 Ausführung der PKW-Stellplätze und deren Abmessungen

Die erforderliche Anzahl von Stellplätzen ergibt sich gemäß der Anlage A 4.2/2 Nr. 4 der VV-TB-NRW mit mindestens 1% der notwendigen Stellplätze, mindestens jedoch ein Stellplatz als Behinderten-Stellplatz.

Von den benötigten Stellplätzen werden bzw. sind 2 Stellplätze als Behinderten-Stellplätze angelegt sowie als Behinderten-Stellplätze ausgewiesen. Die Stellplatzgrößen werden mindestens 3,5 m x 5,0 m ausgeführt.

7.2.3 Barrierefreie Erreichbarkeit der baulichen Anlage, barrierefreie Gebäudezugänge

Der Zugang zum Aulabereich erfolgt barrierefrei. Die Zugangswege auf dem Grundstück ergeben sich ohne nennenswerte Höhenunterschiede mit ca. 3 bis 4 %. Parallel zu dem Gebäude an der Nord-West-Seite wird ein Weg im Außenbereich angelegt, an den die barrierefrei nutzbaren Notausgänge der Aula angeschlossen werden. Dieser neue Weg erhält eine Anbindung an den Parkplatz mit den beiden Behinderten-Stellplätzen.

Folgende Ausführung ergibt sich / ist geplant:

- Gehwege und Verkehrsflächen einschließlich der PKW-Stellplätze für Personen mit Behinderungen mit fester und ebener Oberfläche, damit z. B. Rollstuhlfahrer / Rollator Nutzer diese leicht und erschütterungsarm befahren können (Asphalt, Betonsteinpflaster ohne erhöhtem Fugenanteil)
- Wegbreite bis 15 m Länge → mindestens 1,5 m, Bewegungsfläche nach 15 m von mindestens 180 cm x 180 cm (Werte werden berücksichtigt)
- Wegbreite bis 6 m Länge → mindestens 1,2 m, Wendemöglichkeit am Anfang und am Ende des Weges von mindestens 150 cm x 150 cm (Werte werden berücksichtigt)
- Querneigung von weniger als 2,5 % (z. B. Gefälle zur Abführung von Oberflächenwasser)
- Längsneigung maximal 3 % ohne Zwischenpodestbereiche und Längsneigung von maximal 6 % möglich bei einer Weglänge von bis zu 10 m, danach Anordnung von Zwischenpodesten mit 150 cm und maximale Neigung von 3% (Werte werden berücksichtigt)
- taktiles Leitsystem (Bodenindikatoren) gemäß DIN 32984 im Bereich des öffentlichen Bürgersteigs. Das Leitsystem wird bis zum Zugang / Eingang des Aulabereiches weitergeführt z. B. in weißem Beton. Die Aufmerksamkeitsfelder werden an allen Abbiegungen / Kreuzungen / Abzweigen vorgesehen. Alternativ kann eine im Asphalt eingelassene Führungsleitrinne ausgeführt werden. Die detaillierte Planung erfolgt im Zuge der weiteren Genehmigungsplanung bzw. wird im Zuge der Ausführungs-Außenanlagenplanung detailliert.



Bild des Bereiches der Bushaltestelle mit Zugang zum Grundstück



Bild der Zuwegung mit Darstellung des neuen Weges zur Anbindung der Notausgänge + Parkplatz

- Gehwegbegrenzungen werden so gestaltet, dass sie mit dem Blindenstock leicht und sicher wahrgenommen werden können (z. B. mit Rasenkantensteinen von mindestens 3 cm Höhe oder mit Bordsteinen von mindestens 3 cm Höhe, die eine deutliche Kante aufweisen)
- ggf. geplante Sitzbänke und Einrichtungsgeräte sind ohne Schwellen zugänglich, gut befahrbar und stehen so weit auseinander, dass sie für alle erreichbar sind. Entsprechende Abstände werden berücksichtigt, ebenso ein ausreichender Fallschutz.

Der Eingang / Zugang zum Foyer erfolgt über ein 10 cm hohes Eingangspodest mit einer Anrampung $\leq 6\%$ Längsneigung parallel zur Außenwand. Sofern beide Türflügel geöffnet werden, ist die seitlich gelegene Rampe nur eingeschränkt nutzbar. Aus dem Grunde wird die Asphaltfläche an das Eingangspodest angepasst (Vorgaben der Längsneigung, siehe oben), damit auch eine barrierefreie Entfluchtung im Brandfall möglich ist.



Bild der Eingangssituation

7.2.4 Treppen im Außenbereich

Für sehbehinderte Menschen müssen Treppen leicht erkennbar sein. Dazu muss mindestens am Austritt hinter der obersten Trittstufe ein taktil erfassbares Feld mit unterschiedlichen Bodenstrukturen oder Bodenindikatoren als Aufmerksamkeitsfelder angeordnet werden, welche mindestens 60 cm tief und so breit wie die Treppe sind. Weitere Anforderungen ergeben sich aus der DIN 18040.

Im Außenbereich des Grundstücks der Aula ergeben sich keine Treppen / Stufenanlagen.

7.3 Innere Erschließung

Der Aulabereich erstreckt sich über nur ein Geschoss, so dass kein Aufzug erforderlich wird.

Innerhalb des Nutzungsbereiches ergeben sich unterschiedliche Fußbodenhöhen. Zur barrierefreien Nutzung für Personen mit radgebundenen Hilfsmitteln / Rollstuhl wird vom Foyer zur Garderobe ein Hublift / Plattformlift zur Überwindung der Stufen eingebaut. Der Fußboden der Garderobe als Durchgang zum Aularaum ist mit dem Aularaum höhengleich, so dass eine barrierefreie Erschließung gegeben ist.

Damit der Bühnenbereich von Personen mit radgebundenen Hilfsmitteln / Rollstuhl erreicht werden kann, wird dort ebenfalls ein Hublift / Plattformlift zur Überwindung des Höhenunterschiedes vorgesehen.

Im Raum Foyer ist im Bereich der Verbindungstreppe zum Schultrakt hin ein Plattformlift als Treppenschrägaufzug zur Überwindung des Höhenunterschiedes bereits eingebaut.



Bild der Einbausituation

Die Plattformlifte sind keine Aufzüge nach den Anforderungen des Typs 2 der DIN EN 81-070, Tabelle 1.

7.3.1 Bodenbeläge und Orientierung im Gebäude

Bodenbeläge

Neue Bodenbeläge werden rutschhemmend und fest verlegt (sinngemäß mindestens R 9 nach DGUV 108-003 – ehem. BGR 181), damit sie für die Benutzung z. B. durch Rollstühle, Rollatoren und andere Gehhilfen geeignet sind.

Orientierung

Die Leitung und Orientierung für blinde und sehbehinderte Menschen müssen nach DIN 18040-1 in Gebäuden mit Öffentlichkeitscharakter gegeben sein. In Abhängigkeit der baulichen Komplexität sollten dazu Leit- und Orientierungssysteme vorgesehen werden.

Aufgrund der Nutzungen und der Kompaktheit der Räume kann und wird eine Hilfeleistung für blinde und sehbehinderte Menschen durch Anwesende zugrunde gelegt werden, da hier keine Nutzung wie z. B. in einem Rathaus oder Kaufhaus erfolgt. Innerhalb der Erschließungswege werden keine Bodenindikatoren als erforderlich angesehen, da sich hier an den geführten Wänden etc. orientiert werden kann.

7.3.2 Flure und innere Verkehrsflächen

In den Erschließungsflächen werden die folgenden Mindestanforderungen berücksichtigt:

- Längsneigung $0\% \leq 3\%$
- Breite von Durchgängen mindestens 90 cm
- Flurbreite im Lichten mit über 1,8 m, somit werden ebenfalls in den Fluren mit über 15 m Länge Begegnungsflächen nach 15 m Länge von mindestens 180 x 180 cm gewährleistet
- ggf. neue Glaswände / -türen an Verkehrsflächen werden mit visuell stark kontrastierender Sicherheitsmarkierung (siehe Türen) versehen.

7.3.3 Türbreiten, Türschwellen, Türanschläge, Türöffnungsmöglichkeiten

Das Öffnen und Schließen von Türen, die zur barrierefreien Nutzung dienen, müssen auch mit einem geringen Kraftaufwand möglich sein. Ebenso müssen Türen deutlich wahrnehmbar sein.

Türen im Verlauf der Erschließungs- und Rettungswege

Die Türen im Verlauf der barrierefreien Erschließung und dem Erreichen der entsprechend barrierefrei zu nutzenden Räume werden so ausgeführt, dass sie ohne fremde Hilfe sowie ohne großen Kraftaufwand geöffnet werden können, damit sich Rollstuhlfahrer / Personen mit radgebundenen Hilfsmitteln sowie motorisch eingeschränkte Personen entsprechend in den barrierefrei nutzbaren Räumlichkeiten bewegen und aufhalten können.

Dies wird erreicht mit Bedienkräften und -momenten der Klasse 3 nach DIN EN 12217 (z. B. 25 N zum Öffnen des Türblatts bei Drehtüren und Schiebetüren). Andernfalls sind automatische Türsysteme erforderlich (siehe auch DIN 18650-1 und DIN 18650-2).

Ggf. erforderliche Türschließer der öffentlich zugänglichen Türen werden so eingestellt, dass das Öffnungsmoment der Größe 3 nach DIN EN 1154 (max. 47 Nm) nicht überschritten wird.

Ferner sind die Türschließer der barrierefrei zu nutzenden Türen mit einer stufenlos einstellbaren Schließkraft / Schließverzögerung zu versehen, damit z. B. Menschen mit motorischen Einschränkungen genug Zeit haben, die Türen sicher zu passieren.

▪ **Zugangstüren**

Die Haupt-Eingangstüranlage dient als öffentlicher Zugang sowie zur barrierefreien Erschließung des Veranstaltungsbereiches, ferner dient die Eingangstür als barrierefreier Notausgang.

Sofern die erforderlichen Bedienkräfte nicht realisiert werden können, wird die Tür mit behindertengerechten Öffnungstastern ausgeführt.

▪ **Türanlagen zu den barrierefrei nutzbaren Räumen**

Die Türanlagen werden als barrierefrei nutzbare Türen ausgebildet, siehe Tabelle und Darstellung in den BF-Plänen.

▪ **Türen innerhalb der Flure / Verbindungstüren zu dem anschließenden Schultrakt**

Die Rauch- / Feuerschutztür wird als barrierefrei nutzbare Türen aufgeführt. Sie erhält entweder eine Feststellanlage mit einem „BTS“ (barrierefreier Türschließer) oder behindertengerechte Öffnungstaster.

▪ **Tür zu dem Behinderten-WC**

Die Tür zum Behinderten-WC wird als barrierefrei nutzbare Türen ausgebildet, siehe nachfolgende Tabelle.

Hinweis zu BTS

„BTS“ sind Türschließer, die nach DIN 18040 geprüft sind und das komfortable Öffnen und Schließen von Rauch- / Feuerschutztüren mit sehr geringem Kraftaufwand ermöglichen. Bei Türen mit Feststellanlagen ermöglichen sie ein leichteres Öffnen der Rauch- / Feuerschutztüren, wenn z. B. bei einer Störung / Stromausfall / Defekt die Türanlage geschlossen wurde.

Hinweis zu Schließmitteln

Schließmittel mit unkontrolliertem Schließablauf (z. B. Federbänder) dürfen an den Türen, welche öffentlich zugänglich genutzt werden, nicht eingesetzt werden.

Geometrische Anforderungen an Türen

Die geometrischen Anforderungen an Türen ergeben sich laut der Tabelle 1 der DIN 18040 wie folgt:

	Komponente	Geometrie	Maße cm
	1	2	3
	alle Türen		
1	Durchgang	lichte Breite	≥ 90
2		lichte Höhe über OFF	≥ 205
3	Leibung	Tiefe	≤ 26 ^a
4	Drücker, Griff	Abstand zu Bauteilen , Ausrüstungs- und Ausstattungselementen	≥ 50

5	zugeordnete Beschilderung	Höhe über OFF	120 – 140
manuell bedienbare Türen			
6	Drücker	Höhe Drehachse über OFF (Mitte Drückernuss) Das Achsmaß von Greifhöhen und Bedienhöhen beträgt grundsätzlich 85 cm über OFF. Im begründeten Einzelfall sind andere Maße in einem Bereich von 85 cm bis 105 cm vertretbar.	85
7	Griff waagerecht	Höhe Achse über OFF	85
8	Griff senkrecht	Greifhöhe über OFF	85
automatische Türsysteme			
9	Taster	Höhe (Tastermitte) über OFF	85
10	Taster Drehflügeltür/Schiebetür bei seitlicher Anfahrt	Abstand zu Hauptschließkanten ^b	≥ 50
11	Taster Drehflügeltür bei frontaler Anfahrt	Abstand Öffnungsrichtung	≥ 250
		Abstand Schließrichtung	≥ 150
12	Taster Schiebetür bei frontaler Anfahrt	Abstand beidseitig	≥ 150
OFF = Oberfläche Fertigfußboden			
^a Rollstuhlbenutzer können Türdrücker nur erreichen, wenn die Greiftiefe nicht zu groß ist. Das ist bei Leibungstiefen von max. 26 cm immer erreicht. Für größere Leibungen muss die Nutzbarkeit auf andere Weise sichergestellt werden. ^b Die Hauptschließkante ist bei Drehflügeltüren die senkrechte Türkante an der Schlossseite.			

Tabelle 1 - Geometrische Anforderungen an Türen der DIN 18040-1: 2010-1

Drückergarnituren

Drückergarnituren werden für motorisch eingeschränkte, blinde und sehbehinderte Menschen greifgünstig ausgebildet, z. B. durch:

- bogen- oder u-förmige Griffe
- senkrechte Bügel bei manuell betätigten Schiebetüren.

Ungeeignet sind:

- Drehgriffe, wie z. B. Knäufe
- eingelassene Griffe.

Für die Tür zu dem Behinderten-WC wird die Greifhöhe des Drückers auf einer Höhe von 0,85 m ausgeführt: Ansonsten kann zur besseren allgemeinen Nutzung die Greifhöhe der Türgriffe auf 1,05 m ausgeführt werden.

Orientierungshilfen an Türen / Glastüren

Die Auffindbarkeit und Erkennbarkeit von Türen und deren Funktion müssen auch für blinde und sehbehinderte Menschen möglich sein. Dies wird z. B. erreicht durch

- taktil eindeutig erkennbare Türblätter oder -zargen (Alternative: Ausführung mit gleichwertiger Wirkung)
- visuell kontrastierende Gestaltung, z. B. helle Wand / dunkle Zarge, heller Flügel / dunkle Hauptschließkante und Beschlag (Alternative: Ausführung mit gleichwertiger Wirkung)
- zum Bodenbelag visuell kontrastierende Ausführung von Schwellen.

Gemäß der DIN 18040-1 müssen Ganzglastüren und großflächig verglaste Türen sicher erkennbar sein durch Sicherheitsmarkierungen, die

- über die gesamte Glasbreite reichen
- visuell stark kontrastierend sind. Hinweis: In Bezug auf visuelle Kontraste ist auch die DIN 32975 zu berücksichtigen
- jeweils helle und dunkle Anteile (Wechselkontrast) enthalten, um wechselnde Lichtverhältnisse im Hintergrund zu berücksichtigen
- in einer Höhe von 40 cm bis 70 cm und von 120 cm bis 160 cm über OFF angeordnet werden (Alternative: Ausführung mit gleichwertiger Wirkung).

In dem Aulabereich wird eine DIN 18040-1 konforme Sicherheitsmarkierung an ggf. geplanten Glastüren / Glastüranlagen berücksichtigt. Die Ausführungen einschließlich der gleichwertigen Alternativen werden im Zuge der weiterführenden Planung festgelegt.

Bewegungsflächen vor und hinter manuell zu öffnenden Türen

Folgende Bewegungsflächen für Rollstuhlfahrer werden im Bereich der neu geplanten manuell zu öffnenden Türen erforderlich und eingehalten:

- vor Türen in Aufschlagrichtung zum Rollstuhlfahrer → 1,5 m Tiefe x 1,5 m Breite
- vor Türen in Aufschlagrichtung mit dem Rollstuhlfahrer → 1,2 m Tiefe x 1,5 m Breite
- seitlicher Abstand zwischen Türdrücker und Bauteilen / Ausstattungselementen / Möbel → 0,5 m.

7.3.4 Aufzugsanlage

Wie schon oben beschrieben, ist kein Einbau eines Personenaufzuges erforderlich und baulich auch nicht umsetzbar.

Damit gehbehinderte Personen bzw. Rollstuhlfahrer die Möglichkeit haben, die unterschiedlichen Niveauhöhen barrierearm zu erreichen, werden die oben beschriebenen Plattformlifte vorgesehen bzw. ist bereits ein Treppenschrägaufzug eingebaut.

An den Haltestellen des Plattformliftes ist die Mindestbewegungsfläche von 1,5 m x 1,5 m gegeben.

Aus der Sicht des Unterzeichners bestehen gegen die Ausführung der Plattformlifte keine Bedenken, da die baulichen Randbedingungen keine andere Lösung ermöglichen.

7.3.5 Treppen und Handläufe

Die inneren Treppenanlagen stellen allein keine zulässige barrierefreie, vertikale Verbindung dar. Da sie jedoch den Eigenschaften des Abschnitts 4.3.6 der DIN 18040-1 entsprechen, sind sie zumindest für Menschen mit begrenzten motorischen Einschränkungen sowie für blinde und sehbehinderte Menschen barrierefrei nutzbar.

Folgende Maßnahmen werden im Bereich der Treppenanlagen entsprechend der DIN 18040-1 berücksichtigt:

- gerade Treppenläufe mit zur Stufenkante rechtwinkliger Lauflinie
- Unterschneidung bei schrägen Setzstufen maximal 2 cm.

Handläufe

- beidseitige Handläufe

- Handläufe ohne Unterbrechung an Treppenaugen und Zwischenpodesten
- Handlaufenden werden am Anfang und Ende der Treppenläufe (z. B. am Treppenpodest) noch mindestens 30 cm waagrecht weitergeführt
- Handläufe werden so gestaltet, dass sie griffsicher sowie gut umgreifbar sind und keine Verletzungsgefahr besteht. Das wird erreicht mit
 - rundem oder ovalem Querschnitt des Handlaufs und einem Durchmesser von 3 cm bis 4,5 cm
 - Halterungen, die an der Unterseite angeordnet sind
 - abgerundetem Abschluss von frei in den Raum ragenden Handlaufenden z. B. nach unten oder zu einer Wandseite
- Handläufe müssen sich visuell kontrastierend vom Hintergrund abheben
- es werden keine Handlaufschilder mit Profil- oder Braille-Schrift zur Orientierung (Wegebeziehungen) als erforderlich angesehen.

Orientierungshilfen an Treppen und Einzelstufen

Für sehbehinderte Menschen müssen die Treppen leicht erkennbar sein. Daher werden Stufenmarkierungen aus durchgehenden Streifen mit folgenden Eigenschaften ausgeführt:

- auf Trittstufen beginnen sie an den Vorderkanten und sind 4 cm bis 5 cm breit
- auf Setzstufen beginnen sie an der Oberkante und sind mindestens 1 cm, vorzugsweise 2 cm, breit
- sie heben sich visuell kontrastierend sowohl gegenüber Tritt- und Setzstufe als auch gegenüber den jeweils unten anschließenden Böden ab.

Die Ausführungen einschließlich gleichwertiger Alternativen werden im Zuge der weiterführenden Planung festgelegt. Alternativen werden so gewählt, dass eine vergleichbare Funktionalität gewährleistet wird.

Es ergeben sich keine frei im Raum beginnenden Treppenlaufbereiche, welche unterlaufen werden können.

7.3.6 Rampen einschließlich Neigungen, Gefälle

Im Inneren des Aulabereiches kommen keine Rampen zur Überwindung von Höhenunterschieden zur Anwendung.

7.3.7 Rollstuhlabbstellplätze

In dem Veranstaltungsbereich ergibt sich keine Notwendigkeit von Flächen zum Wechsel des Rollstuhls.

7.3.8 Anordnung von Bedienelementen, Kommunikationsanlagen sowie Ausstattungselemente

Für den öffentlich zugänglichen Aulabereich müssen die Bedienelemente (z. B. Schalter, Taster, Automaten) und Kommunikationsanlagen, die zur zweckentsprechenden Nutzung des Gebäudes durch die Öffentlichkeit erforderlich sind, barrierefrei erkennbar, erreichbar und nutzbar sein. Bedien- und Ausstattungselemente und Bauteile müssen so gestaltet sein, dass scharfe Kanten vermieden werden, z. B. durch Abrundungen oder Kantenschutz.

Die Bedienelemente und ggf. Kommunikationsanlagen (z. B. Türöffner- und Klingelanlagen, Notrufanlagen) werden wie folgt barrierefrei erkennbar, erreichbar und nutzbar

- Gestaltung ohne scharfe Kanten, z. B. durch Abrundungen oder Kantenschutz
- Ausführung visuell kontrastierend nach dem Zwei-Sinne-Prinzip (hell / dunkel) und taktil wahrnehmbar

- erkennbare Funktion, z. B. durch Kennzeichnung und / oder Anordnung der Elemente an gleicher Stelle (Wiedererkennungseffekt)
- Ausführung nicht ausschließlich als Sensortaster, Touchscreens oder berührungslose Elemente, damit beim Erasten von Schaltern ein unbeabsichtigtes Auslösen vermieden wird
- Funktionsauslösung mit eindeutiger Rückmeldung, z. B. durch ein akustisches Bestätigungssignal, ein Lichtsignal oder die Schalterstellung
- maximal aufzuwendende Kraft bei Bedienvorgängen für Schalter und Taster nicht mehr als 2,5 – 5,0 N
- stufenlos zugänglich
- Anordnung einer Bewegungsfläche von mindestens 1,5 m x 1,5 m vor den Bedienelementen für die Rollstuhlnutzung
- Ausführung mit seitlichem Abstand zu Wänden bzw. bauseitigen Einrichtungen von mindestens 0,50 m
- Achsmaß von Greif- und Bedienhöhen zwischen 0,85 m und 1,05 m über OFF beträgt (vgl. Anlage A 4.2/2 Nr. 8 VV-TB-NRW)
- bei mehreren übereinander angeordneten Bedienelementen, z. B. mehreren Lichtschaltern, darf das Achsmaß des obersten Bedienelementes 1,05 m nicht überschreiten und das Achsmaß des untersten Bedienelementes 0,85 m nicht unterschreiten. Es können auch alternative gleichwertige Bedienungseinrichtungen (Fernbedienungen) vorgesehen werden.

Kommunikationsanlagen

Kommunikationsanlagen (z. B. Türöffner- und Klingelanlagen, Gegensprechanlagen und Notrufanlagen, Telekommunikationsanlagen) werden in die barrierefreie Gestaltung einbezogen.

Bei einer Gegensprechanlage wird die Hörbereitschaft der Gegenseite optisch angezeigt.

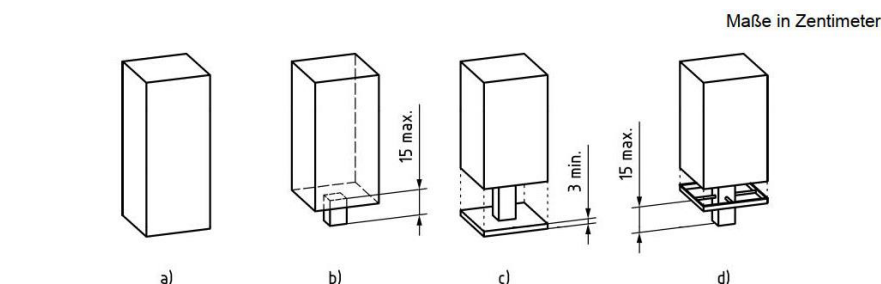
Bei manuell betätigten Türen mit elektrischer Türfallenfreigabe (umgangssprachlich Türsummer) wird die Freigabe auch optisch signalisiert.

Ausstattungs-elemente

Ausstattungs-elemente, z. B. Schilder, Vitrinen etc. dürfen nicht so in Räume hineinragen, dass die nutzbaren Breiten und Höhen eingeschränkt werden. Ist ein Hineinragen nicht vermeidbar, müssen sie so ausgebildet werden, dass blinde und sehbehinderte Menschen sie rechtzeitig als Hindernis wahrnehmen können.

Ausstattungs-elemente müssen visuell kontrastierend gestaltet und für die Ertastung mit dem Langstock durch blinde Menschen geeignet sein, z. B. in dem sie

- maximal 15 cm über dem Boden enden
- durch einen mindestens 3 cm hohen Sockel, entsprechend den Umrissen des Ausstattungselements, ergänzt werden
- mit einer Tastleiste, die max. 15 cm über dem Boden endet, versehen sind, siehe nachfolgendes Bild 10 der DIN 18040-1.



Legende

- a) Herunterreichen bis zum Boden
- b) unteres Ende max. 15 cm über dem Boden
- c) Sockel von mindestens 3 cm Höhe
- d) Tastleiste max. 15 cm über dem Boden

Bild 10 — Beispiele für die Wahrnehmbarkeit von Ausstattungselementen mit dem Langstock

Bild 10 der DIN 18040-1

Möblierungen / Einrichtungen bei Nutzung für Rollstuhlfahrer

Die Möblierung / Einrichtungen werden so gestaltet, dass mobilitätseingeschränkte Menschen und Rollstuhlnutzer diese nutzen können.

Bei Service-Schaltern, Kassen, Garderobe und ähnlichen Einrichtungen muss mindestens jeweils eine Einheit auch für blinde und sehbehinderte Menschen, Menschen mit eingeschränktem Hörvermögen und Rollstuhlnutzer zugänglich und nutzbar sein. Das kann mit nachfolgenden Eigenschaften erreicht werden:

- vor den entsprechenden Einrichtungen ist eine Bewegungsfläche von mindestens 150 cm x 150 cm zu berücksichtigen.
- der Tresenplatz von Service-Schaltern, Garderobe etc. zur Nutzung vom Rollstuhl aus muss in einer Breite von mindestens 90 cm unterfahrbar sein. Die Unterfahrbarkeit muss eine Tiefe von mindestens 55 cm aufweisen, analog zur DIN 18040 Bild 13. Die Tiefe der Bewegungsfläche kann dabei auf 120 cm reduziert werden, wenn der Tresen in einer Breite von mindestens 150 cm im Bereich der Bewegungsfläche unterfahrbar ist. Die Höhe des Tresens darf 80 cm nicht überschreiten.
- in Durchgängen und neben Service-Schaltern etc. ist eine nutzbare Breite von mindestens 90 cm vorzusehen. Vor und hinter diesen Durchgängen ist eine Bewegungsfläche von mindestens 150 cm x 150 cm zu berücksichtigen.

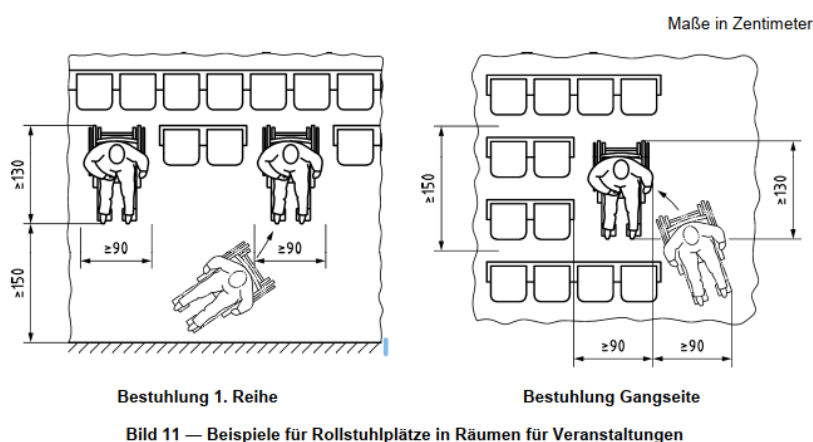
An mind. einem Tisch je Raum wird die erforderliche Standfläche von 90 x 130 cm (B x T) bei frontaler bzw. rückwärtiger Anfahrbarkeit für Rollstuhlnutzer berücksichtigt. Die Bewegungsflächen für Rollstuhlnutzer innerhalb des Raumes betragen mindestens 150 x 150 cm.

Die nutzbare Breite von Durchgängen neben / zwischen Möblierungen beträgt mindestens 90 cm.

Für Rollstuhlnutzer sollte die Greifhöhe im Bereich zwischen 40 cm und 120 cm liegen. Die optimale Greifhöhe liegt bei 85 cm.

Preisangaben etc. werden auf Augenhöhe, von mobilitätseingeschränkten Nutzern (z. B. Rollstuhlnutzer), erkennbar sein.

Gemäß der SBauVO, § 10 werden in der Aula für Benutzerinnen und Benutzer von Rollstühlen mindestens 1 Prozent der Besucherplätze (Reihenbestuhlung) freigehalten (mindestens jedoch zwei Plätze bei kleineren Veranstaltungen). Den Plätzen für Benutzerinnen und Benutzer von Rollstühlen sind Besucherplätze für Begleitpersonen zuzuordnen. Die Plätze und die Wege zu ihnen sind durch Hinweisschilder gut sichtbar zu kennzeichnen.



7.3.9 Barrierefreie Sanitärräume, barrierefreie Anordnung der Sanitärobjekte

Gemäß der VDI 6000 Blatt 3 bemisst sich die Bedarfszahl für barrierefreie Toilettenräume in Versammlungsstätten nach der Anzahl an Besucherplätzen. Hiernach wären bei etwas über 500 Besucherplätzen zwei barrierefreie WCs vorzusehen. Wegen der gegebenen Bebauung mit den eingeschränkten Platzverhältnissen kann jedoch nur ein barrierefreier Toilettenraum / WC eingerichtet werden.

Barrierefreie Toilettenräume / WCs sind so zu gestalten, dass sie von Menschen mit Rollstühlen und Rollatoren und von blinden und sehbehinderten Menschen zweckentsprechend genutzt werden können.

Das geplante barrierefreie WC wird wie folgt ausgeführt:

- Bedienelemente werden so gestaltet, dass eine gefahrlose barrierefreie Nutzung möglich ist
- Aufschlagrichtung der Drehflügeltür nicht in den WC-Raum (eine Schiebetür ist auch möglich)
- Tür von außen entriegelbar
- Bewegungsfläche von mindestens 1,5 m x 1,5 m jeweils vor den Sanitärobjekten
- WC-Becken von beiden Seiten seitlich anfahrbar
- Bewegungsfläche hierfür mit einer Tiefe von min. jeweils 70 cm (Beckenvorderkante bis zur rückwärtigen Wand) sowie einer Breite von min. 90 cm. Die Bewegungsflächen dürfen sich überlagern
- Höhe des WC-Beckens zwischen 46 und 48 cm
- Anordnung einer Rückenstütze 55 cm hinter der Vorderkante des WCs
- Anordnung eines Stützklappgriffs auf beiden Seiten des WCs, welcher 15 cm über die Vorderkante des WCs hinausragt

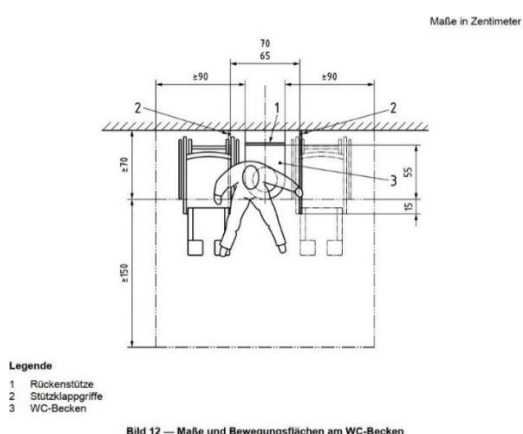


Bild 12 der DIN 18040-1

- Nutzung des Waschplatzes auch im Sitzen möglich mit mindestens 100 cm hohem Spiegel bei Bedarf unmittelbar über dem Waschtisch und Beinfreiraum unter dem Waschtisch. Die Sanitäröbekte werden im Rahmen der Objektplanung normgerecht durchgeplant (hierzu sind die Abschnitte 5.3.3 DIN 18040-1 für Toiletten und 5.3.4 DIN 18040-1 für Waschplätze zu beachten)
- Installation einer Notrufoanlage in der Nähe des WC-Beckens, die sowohl aus sitzender als auch aus liegender Position bedienbar ist. Die Anlage wird visuell kontrastierend gestaltet, taktil erfassbar und auch für blinde Personen eindeutig gekennzeichnet sein. Zur Nutzung und Bedienung und Notrufoanlage sind in der DIN 18040-1 weitere Vorgaben formuliert, die zu beachten sind
- Kleiderhaken werden in mindestens zwei Höhen für die sitzende und stehende Position vorgesehen.

7.3.10 Warnen / Orientieren / Informieren / Leiten

Allgemeines

Gemäß der DIN 18040-1 müssen Informationen für die Gebäudenutzung, die warnen, der Orientierung dienen oder leiten, nach dem Zwei-Sinne-Prinzip auch für Menschen mit sensorischen Einschränkungen geeignet sein. Dabei sind dafür lediglich die Schutzziele des Abschnitts 4.4 DIN 18040-1 zu berücksichtigen.

Informationen können visuell (durch Sehen), auditiv (durch Hören) oder taktil (durch Fühlen, Tasten z. B. mit Händen, Füßen) wahrnehmbar gestaltet werden. Nachfolgend werden zu jeder Wahrnehmungsart Hinweise für eine geeignete Gestaltung der baulichen Voraussetzungen gegeben.

Gefahrenstellen und gefährliche Hindernisse sind für blinde und sehbehinderte Menschen zu sichern, z. B. durch ertastbare und stark kontrastierende (siehe auch 4.4.2) Absperrungen.

Visuelle Informationen müssen auch für sehbehinderte Menschen sichtbar und erkennbar sein. Die wichtigsten Einflussfaktoren auf das Sehen / Erkennen sind:

- Leuchtdichtekontraste (hell / dunkel)
- Größe des Sehobjektes
- Form (z. B. Schrift)
- räumliche Anordnung (Position) des Sehobjektes
- Betrachtungsabstand
- ausreichende und blendfreie Belichtung bzw. Beleuchtung.

Visuelle Informationen müssen hinsichtlich der Leuchtdichte zu ihrem Umfeld einen visuellen Kontrast aufweisen. Je höher der Leuchtdichtekontrast, desto besser ist die Erkennbarkeit. Hohe Kontrastwerte ergeben Schwarz / Weiß- bzw. Hell / Dunkel-Kombinationen. Die Kontrastwahrnehmung kann durch Farbgebung unterstützt werden. Ein Farbkontrast ersetzt nicht den Leuchtdichtekontrast.

Kontrastwerte können gemessen und berechnet werden. Hinweise dazu enthält z. B. die DIN 32975. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Leuchtdichtekontraste $K \geq 0,4$ zum Orientieren und Leiten und für Bodenmarkierungen sowie Leuchtdichtekontraste $K \geq 0,7$ für Warnungen und schriftliche Informationen geeignet sind.

Beeinträchtigungen von visuellen Informationen durch Blendungen, Spiegelungen und Schattenbildungen sind so weit wie möglich zu vermeiden. Dies kann durch die Wahl geeigneter Materialeigenschaften und Oberflächenformen (z. B. entspiegeltes Glas, matte Oberflächen) bzw. Anordnung (z. B. geneigte Sichtflächen) erreicht werden.

Sind Informationen nur aus kurzer Lesedistanz wahrnehmbar, werden die jeweiligen Informationsträger auch für Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen oder Rollstuhlnutzer frei zugänglich ausgeführt.

Akustische Informationen müssen auch für Menschen mit eingeschränktem Hörvermögen hörbar und verstehbar sein. Die wichtigsten Einflussfaktoren auf das Hören / Verstehen sind:

- das Verhältnis zwischen Nutzsignal S (Signal) und Störgeräusch N (Noise)
- die Nachhallzeit und die Lenkung der Schallenergie zum Hörer.

Störgeräusche können von außen einwirken oder im Raum selbst entstehen. Der Abstand zwischen Nutzsignal S (Signal) und Störgeräusch N (Noise) sollte $S-N = 10 \text{ dB}$ nicht unterschreiten. Die automatische Anpassung des Nutzsignals an wechselnde Störschallpegel ist anzustreben.

Akustische Informationen als Töne oder Tonfolgen müssen bei Alarm- und Warnsignalen eindeutig erkennbar und unterscheidbar sein.

Für die raumakustische Planung siehe DIN 18041. Die Qualität der Sprachübertragung wird durch einen Sprachübertragungsindex angegeben.

Informationen, die **taktil** zur Verfügung gestellt werden, müssen für die jeweilige Art der Wahrnehmung geeignet sein. Taktile Informationen können von blinden Menschen auf unterschiedliche Weise wahrgenommen werden:

- mit den Fingern
- mit den Händen
- mit dem Langstock
- mit den Füßen (mit oder ohne Schuhwerk).

Taktil erfassbare schriftliche Informationen müssen sowohl durch erhabene lateinische Großbuchstaben und arabische Ziffern („Profilschrift“) als auch durch Braillesche Blindenschrift (nach DIN 32976) vermittelt werden. Sie können durch ertastbare Piktogramme und Sonderzeichen ergänzt werden.

Für die Gestaltung der erhabenen, ertastbaren Schrift, der Piktogramme, der Sonderzeichen und der Brailleschen Blindenschrift wird auf die Broschüre des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes: „Richtlinie für taktile Schriften“ (unter „www.gfuv.de“) [2] hingewiesen.

Als Empfehlung sollten für sehbehinderte Menschen taktil erfassbare Beschriftungen, Sonderzeichen bzw. Piktogramme beispielsweise an folgenden Orten angebracht werden:

- beim Zugang zu geschlechtsspezifischen Anlagen, z. B. WC- und Duschanlagen sowie Umkleidebereichen;
- vor Zimmertüren (Raumbezeichnungen).

Taktil erfassbare Orientierungshilfen müssen sich vom Umfeld deutlich unterscheiden, z. B. durch Form, Material, Härte und Oberflächenrauigkeit, so dass sie sicher mit den Fingern oder über den Langstock und das Schuhwerk ertastet werden können.

Geradlinige und rechtwinklige Wegeführungen und Raumgestaltungen unterstützen die taktile Orientierung und Raumerfassung.

Als Orientierungsmöglichkeiten dienen z. B. bauliche Elemente oder taktil kontrastreiche Bodenstrukturen. Es können auch Bodenindikatoren zum Einsatz kommen. Bodenindikatoren werden z. B. in DIN 32984 geregelt.

Zur Ausführung:

Folgendes Informations- und Leitsysteme werden berücksichtigt:

- Alarmierung, siehe unten Punkt 9.1
- ggf. geplante Ganzglastüren / Glasflächen im Zuge des öffentlichen Zugangsbereiches werden deutlich durch Sicherheitsmarkierungen erkennbar sein, die über die Glasbreite reichen, siehe auch oben Ausführung zu Türen
- taktil erfassbare Piktogramme werden an den Zugängen zu den WC-Räumen / Behinderten-WCs angebracht
- es wird ein taktiler Leit- und Orientierungssystem im Außenbereich in Form von unterschiedlichen Bodenstrukturen oder Bodenindikatoren im Bodenbereich bis zum Eingang vorgesehen
- für blinde Menschen besteht keine Absturzgefahr an Treppen und Stufen, die frei im Raum beginnen oder deren Lage sich nicht unmittelbar aus dem baulichen Kontext ergeben (Aufmerksamkeitsfelder werden vorgesehen)
- die Türblätter oder -zargen im Aulabereich werden in visuell kontrastierender Gestaltung (z. B. helle Wand / dunkle Zarge bzw. Türflügel) oder umgekehrt, ausgeführt. Ausführungen mit gleichwertiger Wirkung können alternativ in Betracht gezogen werden. Hier erfolgen Festlegungen im Zuge der weiterführenden Planung.

7.3.11 Ausführungen zu § 49 Absatz 3 BauO NRW 2018.

Gemäß der BauO NRW 2018 § 49 (3) gelten die Vorgaben der Barrierefreiheit nicht, soweit die Anforderungen wegen schwieriger Geländeverhältnisse oder wegen ungünstiger vorhandener Bebauung nur mit einem unverhältnismäßigen Mehraufwand erfüllt werden können.

Siehe hierzu unten Punkt 9.

7.3.12 Maßnahmen zur Rettung von Menschen mit Behinderung

Wegen der ebenerdigen Lage können drei der vier Notausgänge vollumfänglich barrierefrei auch für Personen mit radgebundenen Hilfsmitteln genutzt werden. Der vierte Ausgang im Bereich der Bühne kann mit der Unterstützung von Anwesenden zur Flucht genutzt werden.

Somit sind für die Rettung von Rollstuhlbenutzern keine besonderen Maßnahmen zu ergreifen.

Durch die folgenden Maßnahmen wird die Bewältigung von Notfallsituationen für behinderte Menschen und andere Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung ferner erleichtert:

- Übersichtlichkeit und klare Gestaltung
- leicht auffindbare Rettungswege in geringer Entfernung
- barrierefreie Ausgänge für Rollstuhlfahrer / Personen mit radgebundenen Hilfsmitteln
- Orientierungshilfen durch deutliche Beschilderung und gute, blendfreie Ausleuchtung.

8 Alarmierung und Evakuierung

8.1 Alarmierungseinrichtung

Der Aulabereich verfügt über eine Alarmierung, welche an der Alarmierungsanlage der Schule integriert ist.

Der Umfang und die Art der Alarmierung ergibt sich aus der Planung der Brandmeldeanlage, welche durch einen Fachplaner Brandmeldetechnik zu planen ist.

Eine optische Alarmierung erfolgt lediglich in den WCs mit Alarmgebern nach DIN EN 54-23 in der Kalottenfarbe weiß.

8.2 Evakuierung

Im Alarmierungsfall erfolgt eine Räumung des gesamten Veranstaltungsbereiches durch die vier Notausgänge direkt ins Freie, siehe auch oben Punkt 7.3.12.

9 Abweichungen

Soweit die Anforderungen der Barrierefreiheit wegen schwieriger Geländeverhältnisse oder wegen ungünstiger vorhandener Bebauung nur mit einem unverhältnismäßigen Mehraufwand erfüllt werden können, kann gemäß der BauO NRW 2018 § 49, Absatz 3 von den Vorgaben an die Barrierefreiheit abgewichen werden.

In dem konkreten Fall handelt es sich um ein Bestandsgebäude, wodurch sich die folgende Einschränkung von der DIN 18040-1 bzw. von Begleitvorschriften ergeben:

- Ausführung eines barrierefreien WCs anstatt von zwei WCs (Bedarfszahl der VDI 6000, Blatt 3).

10 Zusammenfassung / Schlussbemerkung

Der hier betrachtete Gebäudebereich mit der Aula wurde hinsichtlich der Barrierefreiheit behandelt. Es handelt sich hier um ein öffentlich zugängliches Gebäude. Das Schutzziel des § 49 der BauO NRW, also der barrierefreien Nutzung, wird durch die oben beschriebenen baulichen und technischen Barrierefrei-Maßnahmen erfüllt.

Das Barrierefrei-Konzept wurde auf der vorgenannten Planungsgrundlage aufgestellt. Sollte sich im Nachhinein die Planung ändern wie z. B.

- Lage, Größen und Art der Außen- und Innentüren
- Lage und Ausführung der Plattformlifte
- Führung der Rettungswege
- Art der Nutzungen,

verliert das Konzept seine Gültigkeit und muss somit überarbeitet ggf. neu erstellt werden.

Das Barrierefrei-Konzept hat nur Gültigkeit mit der Baugenehmigung und deren Nebenbestimmungen. Versicherungs- und arbeitsschutztechnische Aspekte bleiben – bis auf die oben beschriebenen Punkte - in dieser Ausarbeitung unberührt.

11 Anlagen

- Plan zum Barrierefrei-Konzept

Barrierefrei-Konzept Nr. 25-056

Barrierefrei-Konzept gelesen und zur Kenntnis genommen.

Architekt bzw. Bauherr

Meschede, den 05.05.2025

Aufgestellt



Martin Andreas

Dipl.-Ing. // Geschäftsführer
Prüfingenieur für Brandschutz
Staatlich anerkannter Sachverständiger für die Prüfung des Brandschutzes
Staatlich anerkannter Sachverständiger für Schall- und Wärmeschutz
Fachplaner für Barrierefreiheit
Telefon 0291 . 95 27 08-12
E-Mail m.andreas@andreas-brueck.de

Ingenieurbüro Andreas+Brück GmbH

Ittmecker Weg 15
59872 Meschede // Deutschland
Telefon 0291.952708-0
info@andreas-brueck.de
www.andreas-brueck.de

Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Henrik Brück // Dipl.-Ing. Martin Andreas // Philipp Wedeking M. Sc.
Handelsregister: Arnsberg HRB 3354
St.-Nr.: 334/5706/0906